



Aufruf an Interessensvertretungen, Sozialverbände, Gewerkschaften

Sozialabbau stoppen – gemeinsam Teilhabe, Zusammenhalt und Zukunftschancen verteidigen

Frankfurt am Main, 22. Juni 2026

Wir bedanken uns für solidarischen Protest, sind aber alle bereit für viel mehr Widerstand.

Warum dieser Brief?

Als Bildungsträger und soziale Organisationen in Frankfurt machen wir uns enorme Sorgen, um die Zukunft vieler Menschen und die Entwicklung unseres Landes. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht neue Pläne zum Abbau von Sozial- oder Bildungsleistungen diskutiert werden. Protestnoten dagegen scheinen einfach zu verpuffen, Kritik auf Landes- und Bundesebene folgenlos zu verhallen.

Wir sind uns sicher einig: Teilhabe ist ein wesentlicher Pfeiler unserer Demokratie. Soziale, bildungsbezogene und unterstützende Angebote schaffen Chancen, verhindern Ausgrenzung und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie begleiten Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen und Lebenslagen und ermöglichen Bildung, berufliche Perspektiven, Selbstbestimmung und aktive Mitwirkung in unserer Gesellschaft. Investitionen in soziale Infrastruktur sind deshalb nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch eine wichtige Voraussetzung für eine stabile, demokratische und wirtschaftlich starke Gesellschaft.

Wer heute gezielt investiert, muss später nicht draufzahlen!

Mit diesem Schreiben an Sie, liebe Interessensverbände, möchten wir uns einerseits bedanken für Ihre Reaktionen und die deutliche Kritik an den aktuellen Kürzungsplänen vor allem auf Bundesebene!

Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass Evaluation und Optimierung von Maßnahmen und Leistungen zu den Grundprinzipien unserer sozialen und bildnerischen Arbeit gehören. Leistungen müssen regelmäßig überprüft und bedarfsgerecht angepasst werden. Nur so können sie die professionelle Qualität bieten, ihre volle Wirkung entfalten und die dafür nötigen überwiegend öffentlichen Investitionen rechtfertigen.

Wir leben in einer Zeit, in der zahlreiche Krisen gleichzeitig die öffentliche Aufmerksamkeit fordern. Dadurch drohen die Folgen von Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich aus dem Blick zu geraten. Es reicht nicht mehr aus, immer wieder auf die Probleme hinzuweisen. **Wir wünschen uns deshalb dringend gemeinsame öffentliche Kampagnen, koordinierte politische Interessensvertretung und sichtbare Aktionen, die die Folgen des Sozialabbaus für die Gesellschaft deutlich machen.**

Wir alle stehen bereit, um Hand in Hand für eine gerechte und starke Sozialpolitik aktiv zu kämpfen.

Nur in einem breiten Bündnis unterschiedlicher Akteure wird es gelingen, die gesellschaftlichen Folgen sichtbar zu machen und den notwendigen politischen Druck zu entfalten.

Wir freuen uns auf Ihre Einladung zu mehr Widerstand.

Mit solidarischen Grüßen

FAKD Frankfurter Aktionsbündnis für Demokratie

Kontakt:

FAKD Frankfurter Aktionsbündnis für Demokratie

berami e.V., DIKOM e.V., infrau e.V., jumpp – Frauenbetriebe e.V. und KUBI gGmbH

E-Mail: fakd@posteo.de

Das FAKD-Positionspapier ist auf den Webseiten der FAKD-Mitglieder veröffentlicht.